

zin von Avicenna geprägt gewesen – und vieles andere. Für die Gegenwart ist zusätzlich zu beachten, dass der Islam plural ist und dass Aufklärung und Säkularisierung auch für den Islam relevant zu werden beginnen.

NG/FH: Welche Kritik gibt es an dem vorliegenden Text?

Kreß: Enttäuscht bin ich von dem Abschnitt, der sich mit moderner Medizin befasst. Zu Gendiagnostik, Reproduktionsmedizin, Transplantationsmedizin, Stammzellforschung usw. überwiegen Kritik und Abgrenzung. Natürlich müssen für die hochtechnisierte Medizin ethische und gesetzliche Normen gelten. Z.B. ist ein Gendiagnostikgesetz überfällig. Insgesamt sollte man den medizinisch-technischen Fortschritt aber akzeptieren und

ihn fördern; denn er ist in hohem Maße auch ein humaner Fortschritt.

Aus meiner Sicht hätte man zu diesem Thema andere Akzente setzen sollen, als der Programmentwurf es macht. Heute ist es notwendig, die Menschen zu befähigen, eigenverantwortlich und eigenständig mit den neuen medizinischen Optionen umzugehen. Das ist auch eine Aufgabe der Bildungspolitik. Bildung sollte Gesundheitserziehung einschließen, und diese betrifft z.B. das Ernährungsverhalten, aber auch den persönlichen Umgang mit den Angeboten der Hochleistungsmedizin, etwa Fortpflanzungsmedizin oder Gendiagnostik. Daher muss Gesundheitskunde ein eigenes Schulfach werden.

NG/FH: Herzlichen Dank.

Gespräch mit Poul Nyrup Rasmussen

»Ich würde einen pro-aktiven Sozialstaat vorziehen«

Poul Nyrup Rasmussen war von 1993 bis 2001 Ministerpräsident in Dänemark, seit April 2004 ist er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

NG/FH: Herr Rasmussen, das neue SPD-Programm, das im Oktober in Hamburg verabschiedet wird, umfasst vier zentrale Punkte: die faire Gestaltung der Globalisierung, das soziale Europa, den Vorsorgenden Wohlfahrtsstaat und die »Neue Wertschöpfung«, womit ein neuer Ansatz in der Wirtschaftspolitik beschrieben wird. Denken Sie, dass damit die wichtigsten Themen für eine moderne sozialdemokratische Partei abgedeckt sind?

Poul Nyrup Rasmussen: Bezüglich einer fairen Globalisierung denke ich, dass wir in den letzten vier bis fünf Jahren die Bedeutung der internationalen Finanzmärkte unterschätzt haben. Diese werden inzwischen von *Private-Equity*-Gesellschaften, *Hedge-Fonds* und den sieben

mächtigsten internationalen Investmentbanken dominiert. Ein erneuter Konflikt zwischen den Finanzmärkten und der Realökonomie wird sich gravierend auswirken. Wir konnten in Europa den durch die Immobiliengeschäfte in den USA verursachten Schaden gering halten, aber auch wir haben die ersten Konsequenzen zu spüren bekommen als diese Blase platzte. Es gab in der Vergangenheit den Fall ENRON, 1998 sind in den USA die *Hedge-Fonds* eingebrochen und im Jahr 2000 gab es die sogenannte *Dotcom-Krise*, bei der Tausende von Arbeitsplätzen im IT-Sektor verloren gingen. Ich habe diesbezüglich einen kritischen Bericht beim Europäischen Parlament vorgelegt.

NG/FH: In dem Programmentwurf wird unter anderem eine effiziente Rahmenstruktur für die Finanzmärkte gefordert. Die Konkurrenz der Staaten um niedrige Steuersätze müsse gestoppt werden. Gleichzeitig müssten der IWF, die Weltbank und die WTO die Kern-Arbeitsrechte in allen Ländern berücksichtigen. Ist dies eine wirksame Perspektive für globales sozialdemokratisches Handeln?

Rasmussen: Ich denke, diese Punkte betreffen die Sozialdemokratie in der Tat. Aber ich würde der Region Europa durchaus die Vorreiterrolle in Fragen der Beschäftigungspolitik zugestehen, nicht nur bei der Gestaltung der Globalisierung, sondern auch innerhalb der eigenen Grenzen. Zudem brauchen wir Verhaltensregeln für die Finanzmärkte, die etwas weiter gehen als bloße Forderungen nach mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht. Wir müssen unsere Industrien schützen und dabei offensiv gegen kurzfristige Spekulationen vorgehen. Die Ziele von Lissabon und das *Neue Soziale Europa* können nur durch langfristig angelegte Investitionen realisiert werden. Wenn nun auf den internationalen Finanzmärkten kurzfristig spekuliert wird, kommt es zu einem Konflikt. Die Soziale Demokratie stellt an die Reform unserer Sozialsysteme die Anforderung, dass sie mit Langzeitinvestitionen Hand in Hand gehen soll. Investiert werden muss in die Menschen, in ihre Ausbildung, in Forschung und Entwicklung.

NG/FH: Kann die EU-27, wie das Hamburger Programm beansprucht, in Bezug auf das Konzept des Sozialen Europas als gemeinsamer Protagonist dieser sozialdemokratischen Anliegen auftreten?

Rasmussen: Ja, das ist möglich, wenn wir Mehrheitsregelungen bei Entscheidungen innerhalb der EU durchsetzen. Leider mussten wir bisher ja deren Einführung immer wieder verschieben.

NG/FH: Ein weiterer wichtiger Punkt des Parteiprogramms ist der Vorsorgende

Sozialstaat, der auf Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sowie auf den Schutz der Familie ausgerichtet ist und über Steuern finanziert werden soll. Ist das ein vielversprechendes Konzept, vergleichbar mit den europäischen *best practice*-Modellen, vor allem den skandinavischen?

Rasmussen: Ich würde das Konzept eines pro-aktiven, auf Rechten und Pflichten basierenden Sozialstaates vorziehen. Der sollte als inklusives Modell Rechte und Pflichten beinhalten. Nur so kann der Wohlfahrtsstaat dann auch großzügig sein. Hohes Arbeitslosengeld, gute Sozialversicherungsgesetze, gleicher Zugang zu

Bildung und Gesundheitsvorsorge: Das muss Arbeitern und Managern gleichermaßen gewährt werden. Ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt kann man das nicht durchsetzen. Daneben ist der Zusammenhalt und die Vernetzung starker regionaler und zentraler Institutionen notwendig. Umfassende Kinderbetreuung zum Beispiel hängt meines Erachtens mit dem Aspekt der Ausbildung zusammen und ist eine Voraussetzung für eine mündige Bürgergesellschaft, die in der globalisierten Welt erfolgreich sein kann.

Es ist wichtig zu realisieren, dass im 21. Jahrhundert nicht mehr nur drei demokratische Ebenen interagieren, sondern fünf. Es gibt die lokale, die regionale und die nationale Ebene. Außerdem haben wir jetzt die europäische und – visionär gesprochen – die globale Ebene der Demokratie. Hier ist Präzision erforderlich, denn viele Bürger betrachten die europäische und die globale Ebene als etwas, das ihnen sehr fern liegt. Es ist wichtig zu vermitteln, dass uns diese beiden neuen Sphären einen Teil der Souveränität zurückgeben, die wir im Prozess der Globalisierung verloren haben.

NG/FH: Innerhalb der Partei haben wir derzeit zukunftsweisende Debatten. Modernisierer fordern einen an die Erfor-

dernisse der Zeit angepassten Sozialstaat. Die Vertreter des linken Flügels wollen eher die traditionellen Hoffnungen und Erwartungen der Bürger thematisieren, um ausreichend Unterstützung für unser Programm zu erhalten. Wie stehen Sie dazu?

Rasmussen: Meiner Meinung nach sollte man die Bezeichnung »Erfordernis« in einem Programm wie diesem auf jeden Fall vermeiden. Wenn man die Bürger für Reformen gewinnen möchte, indem man ihnen sagt, das sei jetzt eben nötig, dann wird man sie verlieren. Es ist fundamental wichtig, den Leuten das Gefühl zu geben, dass sie eine Wahl haben. Und deshalb sollte man ihnen Wahlmöglichkeiten anbieten. Das steht in direkter Verbindung zum Gefühl der Verantwortlichkeit, zu den Rechten und Pflichten. Wenn man den Menschen nicht sagt, worum es geht, werden die Modernisierer ins Hintertreffen geraten. Die Brücke zwischen dem linken Flügel, den Traditionalisten, und den Modernisierern kann nur geschlagen, die Modernisierungspolitik nur zum Erfolg geführt werden, indem die ganze Geschichte offen dargelegt, die Projekte überzeugend begründet und mit den Werten, die ich vorhin erwähnt habe, glaubwürdig verbunden werden.

Gespräch mit Susanne Gaschke

»Die Familie erscheint zu weit hinten«

Die Reporterin der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, Jahrgang 1967, arbeitet vorrangig zu den Schwerpunkten Familien- und Bildungspolitik und hat dazu diverse Bücher veröffentlicht. Zuletzt erschien bei BERTELSMANN *Die Emanzipationsfalle*, in dem sie ein Plädoyer für ein neues Rollenverständnis von Männern und Frauen formuliert.

NG/FH: Das Thema Familie soll in der neuen Programmatik eine Schlüsselrolle spielen, erscheint aber im Entwurf am Ende des Textes mit wenigen konkreten

Maßnahmen. Halten Sie das Familienbild, das dort gezeichnet wird, und die Politiken, die formuliert sind, für angemessen, zeitgemäß und ausreichend?